



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Beantwortung von Wahlprüfsteinen zur Bürgerschaftswahl 2023

Eingereicht von: treffpunkt e. V. - Netzwerk Kinder von Inhaftierten

Ansprechpartner: Hilde Kugler

E-Mail: kvi@treffpunkt-nbg.de

Besonderheiten:

Frage 1:

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei für die Entwicklung eines Systems, das Daten zur Anzahl der Kinder mit Eltern in Haft sowie deren Lebenssituation erhebt und das Angebote für Kinder inhaftierter Eltern erfasst?

Position der SPD LAND BREMEN:

Für die SPD ist die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags, Voraussetzungen und Strukturen zu schaffen, die das Wohlergehen aller Kinder und Jugendlichen in unseren beiden Städten bestmöglich sicherstellen und sie darin fördern, zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten heranzuwachsen, von höchster Priorität. Angesichts der Risiken, die mit der Inhaftierung eines Elternteils für das Wohlbefinden und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen einhergehen, müssen wir dieser Gruppe besondere Aufmerksamkeit und bei Bedarf einzelfallspezifische Unterstützung zukommen lassen. Wir werden überprüfen, ob unsere Hilfesysteme sowohl im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe als auch im Bereich des Justizvollzugs für die besondere Situation dieser Kinder, Jugendlichen und ihrer Eltern ausreichend sensibilisiert sind und wo es ggf. struktureller Verbesserungen bei der Erfassung von der Erfüllung von Hilfebedarfen erfordert. Entsprechend werden wir handeln.

Frage 2:

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Kindern kindgerechte Besuche und Kontakt mit ihren inhaftierten Eltern zu ermöglichen (sofern sie dem Wohl des Kindes entsprechen), zum Beispiel durch häufigere und längere Besuchszeiten? Und um zusätzliche Kontaktmöglichkeiten über digitale Formate einzurichten (gemäß den Empfehlungen des Ministerkomitees des Europarates zu Kindern inhaftierter Eltern von 2018)?

Position der SPD LAND BREMEN:

Ziel muss es sein, nachteilige Auswirkungen der Inhaftierung eines Elternteils auf Kinder möglichst gering zu halten. Selbstverständlich bleibt für Kinder Inhaftierter, soweit dem Kindeswohl entsprechend, ein regelmäßiger Kontakt zu ihren Eltern wichtig. Wir wollen deshalb für die Aufrechterhaltung normaler Familienbeziehungen die Hürden in der Haft senken – soweit dies der Strafvollzug zulässt. So sollen zwischen persönlichen Treffen regelmäßige Telefonate der inhaftierten Elternteile mit ihren Kindern ermöglicht werden, bei entfernt wohnenden Kindern auch in Form von digitalen Video-Anrufen (Skype). Für kindgerechte Rahmenbedingungen bei Besuchen ist im bremischen Justizvollzug gesorgt: Neben einer kindgerechten Ausstattung der Begegnungsräume steht auch ein Familienzimmer zur Verfügung. In den zurückliegenden Zeiten der Corona-Beschränkungen wurde zudem mit der Nutzung des Außenbereichs der JVA trotz der pandemischen Situation Interaktion zwischen Elternteil und Kind ermöglicht.

Frage 3:

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um der Kinder- und Jugendhilfe, dem Justizvollzug und den Eltern hinreichende Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die die Umsetzung der Besuchs- und Kontaktrechte von Kindern inhaftierter Eltern sicherzustellen?

Position der SPD LAND BREMEN:

Das Bremische Strafvollzugsgesetz sieht neben der Mindestbesuchszeit von monatlich 2 Stunden für Besuche von Kindern unter 14 Jahren bereits eine Erweiterung um eine Stunde vor. Daneben bestehen auch Möglichkeiten für zusätzliche Besuche zur Eingliederung der Gefangenen oder für bestimmte persönliche Angelegenheiten. Ebenso sind unbeaufsichtigte Langzeitbesuche zur Pflege der familiären Kontakte möglich – wie auch beaufsichtigte Langzeitbesuche von Kindern unter 18 Jahren. Widerspricht dies nicht dem Kindeswohl, setzen wir uns für eine Förderung des Eltern-Kind-Kontaktes ein und werden hierfür eine effektive Zusammenarbeit mit dem Jugendamt bzw. mit Erziehungsberatungsstellen sicherstellen. Weitere Maßnahmen im Interesse des Kindeswohls inklusive der hierfür ggf. erforderlichen Ressourcen werden wir auf der Grundlage hierzu erstellter Studien prüfen.

Frage 4:

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Angebote zu unterstützen und auszubauen, die inhaftierten Eltern eine Teilhabe an der Elternschaft ermöglichen und ihre Beziehungs- und Erziehungskompetenz erweitern (im Sinne einer verlässlichen Elternschaft zum Wohle des Kindes)?

Position der SPD LAND BREMEN:

In Bremen gibt es bereits mehrere Angebote, die eine aktive und verantwortungsvolle Elternschaft von Eltern in Haft im Sinne des Kindeswohls fördern. Zu nennen sind insbesondere das Projekt „Ich lese für dich. Gute-Nacht-Geschichten aus dem Gefängnis“, das „Eltern-Kind-Projekt“ des Vereins Bremische Straffälligenbetreuung und die "Zukunftswerkstatt Mitbestraft" der Hochschule Bremen und des Vereins Bremische Straffälligenbetreuung unter Beteiligung von Behörden und freien Trägern der Jugendhilfe.

Zudem stehen auch mit den im Justizvollzug angebotenen sozialen Trainings spezielle Angebote zur Förderung von Beziehungs- und Erziehungskompetenz bereit. Wir setzen uns für die Aufrechterhaltung bzw. Weiterentwicklung dieser Maßnahmen ein. Weitere Maßnahmen im Interesse des Kindeswohls inklusive der hierfür ggf. erforderlichen Ressourcen werden wir auf der Grundlage hierzu erstellter Studien und im Austausch mit relevanten Akteur*innen prüfen.